

Boitzenburger Landbote

Informationsblatt der Bürgerinitiative Eselshütt
für das Boitzenburger Land und Umgebung



Ausgabe Nr. 12

Februar 2023

Mega-Solaranlage in Kuhz: BUND leitet rechtliche Schritte ein

Zugrunde liegen mehrere Rechtsgutachten. Sie stellen voran, dass das Vorgehen zur Begünstigung der ca. 220 ha großen Photovoltaikanlagen in Kuhz, Haßleben und Wichmannsdorf nicht tragbar ist. Die Gemeinde Boitzenburger Land hat ihre Verpflichtungen in Sachen städtebaulicher Entwicklung und Ordnung vernachlässigt.



„Alles verboten!“ (Foto: Ernst Wagner-Rott)

Die Gemeinde wusste wie es richtig geht

Der Gemeinde standen die detaillierte „Handreichung Planungskriterien PV“ von 2020 und die Erweiterung „Solare Chancen und Risiken“ von 2021 des BUND zur Verfügung. Dennoch hat sie sich in Bezug auf die Standortwahl einer möglichen Abwägung entzogen. Die Bürgerinitiativen „Keine Solaranlagen auf Ackerflächen im Boitzenburger

Land“ und die BI Eselshütt hatten einen Neuantrag zur Beschlussfassung beim BUND - Vorstand gestellt. Dieser hat sich jetzt Ende Dezember für die Klage gegen die PVA2Kuhz mit knapp 130 ha entschieden.

Nur wenn alle was dazu geben, kann es gelingen

Der BUND ist für die juristischen Schritte auf Spenden angewiesen. Die Bürgerinitiativen gewährleisten für die Spenden zu werben, um diesen Weg zu finanzieren. Das Verfahren wird auf mehrere Zehntausend Euro - bis zu 50.000 € geschätzt.

Das dicke Geld schläft nie

Es ist bar jeder Verantwortung den Naturschutz für den Klimaschutz zu opfern. Es fehlt an Rahmenbedingungen und Prüfprotokollen angesichts der Fülle an Anträgen zu Energieprojekten am falschen Ort. Flächen-Großprojekte dienen lediglich dazu Wenigen auf schnellem Weg viel Profit zu verschaffen. Phasen der Kapitulation, Resignation und Lähmung der Menschen vor Ort eignen sich ganz besonders, die eigenen Interessen zu verfolgen.

Mangels Rechtsprechung scheint es ein Leichtes zu sein, einer umweltverträglichen und naturschützenden Energie-wende unter dem Deckmantel des Klimaschutzes den Gar-aus zu machen.

Juristische Leitplanken für eine naturschützende Energiewende

Um diesen Wildwuchs zu verhindern, gilt es juristische Leitplanken zu setzen. Angesichts des Krieges, politischer Entscheidungen und der Erfahrungen der letzten beiden Jahre, ist die aufkeimende Widerstandskraft ein Muss.

Die Landschaften als industrielle Flächen zu versiegeln, den Ackerbau zum Energieanbau zu degradieren, den Artenschutz auszuhebeln, ist der falsche Weg. Wer die

Baumaßnahmen vor Ort in Augenschein nimmt, kann sich über die Größe des Eingriffs Gewissheit verschaffen. Vorstellen kann man sich das Ausmaß so nicht.

Unter dem Stichwort PVA2 Kuhz oder BI Eselshütt kann im Verwendungszweck mit Angabe der eigenen Adresse eine Spende gegen Spendenbescheinigung an den BUND überwiesen werden.

BUND Brandenburg

„BI Eselshütt“, Adressangabe

IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00 ·

BIC: GENODEM1GLS

oder über einen direkten Link bei Betterplace:

www.betterplace.org/de/projects/54469

Kyra Maralt



„Ackerland war einmal“ (Foto: Ernst Wagner-Rott)

Impressum

BI Eselshütt – gegen industrielle Tierhaltung
und für eine intakte Umwelt!
Umweltthemen um Templin und im Boitzenburger Land (Uckermark).

V.i.S.d.P.:

Ernst Wagner-Rott, Metzeltin 22, 17268 Templin

www.bi-eselshuett.de

www.facebook.com/BIeselshuett

info@bi-eselshuett.de

Der Boitzenburger Landbote finanziert sich ausschließlich durch Spenden. Wer uns finanziell unterstützen möchte, hier ist unser Spendenkonto:

BUND Brandenburg

Stichwort „BI Eselshütt“

IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00 · BIC: GENODEM1GLS

oder über den direkten Link zu unserer Seite bei Betterplace:

www.betterplace.org/de/projects/54469

Layout: Typograf Sonnenstatter, Hausham

Der Druck erfolgt über die Druckerei Nauendorf in Angermünde auf Recyclingpapier und mit mineralölfreien Farben: 80 g Circle Volume White, matt gestr., 100%-Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel, FSC-zertifiziert, EU-Ecolabel mit 1,1-fachem, Volumen, hochopak, (Papier von LEIPA aus Schwedt/Oder)

Flächenfraß in Deutschland

In Deutschland hat sich in den letzten 60 Jahren die Fläche, die für Siedlung und Verkehr verbraucht wird mehr als verdoppelt. 2020 wurden pro Tag(!) 58 Hektar Land „verbraucht“, das entspricht der Fläche von 81 Fußballfeldern.

Die amtliche Statistik schlüsselt das auf: 40 Hektar gehen für Industrie, Gewerbe, öffentliche Einrichtungen und Wohnungsbau drauf, 12 Hektar für Freizeit-, Erholungs- und Sportflächen, 6 Hektar für Verkehrsflächen – jeden Tag!

Wer hier in der weiträumigen Uckermark lebt, meint vielleicht, dass das für ihn kein Thema ist. Nachdem aber immer mehr „Investoren“ glauben, dass mit der Überbauung von Ackerland mit Solarmodulen ihr Reichtum zu vermehren ist, heißt es auch hier wachsam zu sein. Beim Bau dieser riesigen Solarfelder wird der Untergrund stark verdichtet, die Auswirkungen dieser Anlagen auf Klima und Artenschutz sind weitgehend unbekannt.

In den städtischen Räumen kommt noch als großes Problem die Versiegelung von Böden hinzu. So bestehen in Berlin 34,64 Prozent der Gesamtfläche aus versiegelter Siedlungs-, Industrie- und Verkehrsfläche. Das heißt, das

über ein Drittel der Niederschläge nicht mehr versickern können und Kanalisation und Wasserläufe belasten. Vollgelaufene Unterführungen und Hochwasser sind die Folgen.

Flächenverbrauch auf „Netto-Null“ reduzieren

Laut einer Nachhaltigkeitsstudie der Bundesregierung soll der Flächenverbrauch bis 2030 auf 30 Hektar täglich sinken. Das ist natürlich viel zu wenig, denn 30 Hektar pro Tag sind 10950 Hektar pro Jahr, also über 15000 Fußballfelder. Die EU setzt sich als Ziel bis 2050 einen „Netto-Null-Flächenverbrauch“ zu erreichen. Außerdem soll 2023 von der EU-Kommission ein Gesetzesvorschlag zum Schutz der Böden vorgelegt werden um sie auf die gleiche rechtliche Schutzgrundlage zu stellen wie Wasser und Luft.

Ein solches Gesetz ist auch dringend nötig, nachdem 70 Prozent der Böden in der EU in einem schlechten Zustand sind. Bodenschutz ist immer auch Klimaschutz, denn gesunde Böden sind CO₂-Speicher, Grundlage für Artenschutz und gesunde Ernährung.

Ernst Wagner-Rott

Lützerath wird weiterleben!

Kennen Sie Lützerath? Sicher kennen Sie dieses Dorf, das, wenn Sie diese Zeilen lesen, schon endgültig vom Erdboden verschwunden ist, damit RWE weiterhin Kohle abbaggern kann. Von den Medien – ganz im Sinne der rot-blau-grünen Regierung – werden die Menschen, die verzweifelt gegen diesen Irrsinn ankämpfen als Terroristen und Verrückte gebrandmarkt. Aber immer weniger Menschen in Deutschland glauben das.

Denn nichts, aber auch wirklich gar nichts, von den großartigen Wahlversprechen, mit denen besonders die Grünen gepunktet haben, wird auch nur annähernd in die Realität umgesetzt. Am Beispiel Lützerath wird die Scheinheiligkeit unserer „Volksvertreter“ besonders deutlich. Während aus Russland kein Gas und kein Öl mehr importiert werden darf und damit tausende von Existenzen aufs Spiel gesetzt werden, wird locker vom Hocker Frackinggas aus den USA importiert, das mit unzähligen Schiffen sehr, sehr umweltfreundlich über den Atlantik gebracht wird, wird russisches Gas und Öl aus Kasachstan und Aserbaidschan eingekauft, und RWE darf an die Polizei zur Räumung des Dorfes Lützerath Fahrzeuge vermieten, damit die Gefangenen abtransportiert werden. Denn der Abbau der Braunkohle ist unerlässlich für die Stromerzeugung!

Was interessieren uns da irgendeine Klimaerwärmung oder absurde Wahlversprechen?

Es ist ja nicht allein der Irrsinn mit der Braunkohle oder mit den abstrusen Begründungen, warum man Öl aus Katar importiert, nein, auch das grün geführte Landwirtschaftsministerium macht ganz regierungskonform mit: 150 neue Pestizid-Mittel hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) 2022 zugelassen. Da kann man sich nur fragen, ob die Mitglieder der Regierung sich vor Amtsantritt einer Gehirnamputation unterzogen haben – oder reden die nur noch mit Lobbyisten?

Lützerath muss leben! Vielleicht hat dieser Spruch nur noch Symbolwert. Vielleicht wird er aber auch zum Fanal, dass endlich der Letzte versteht, dass diese Regierung ganz sicher nicht die Interessen der Bürger, sondern ausschließlich die der Konzerne vertritt.

Lassen wir uns das nicht bieten! Schreiben Sie an Ihre Abgeordneten, in der Gemeinde, der Stadt, dem Land, dem Bund! Gehen Sie auf die Straße! Lassen Sie nicht zu, dass unsere Welt den Profitinteressen einiger Weniger und den noch fragwürdigeren Interessen ihrer Handlanger geopfert wird.

Ute Rott

Glyphosat – das Bayer-Herbizid

Eine unendliche dreckige Geschichte – von Anfang an!

Die Schadensbilanz von Glyphosat beginnt nicht erst wenn bei uns Felder, Gärten und Umgebung damit vergiftet werden, sondern schon sehr viel früher – eigentlich in der Stunde Null der Produktion.

Ein Ausgangsstoff für Glyphosat ist Phosphorit, enthalten in Sedimentgesteinen, die im Südosten des US-Bundesstaats Idaho von der Bayer-Tochtergesellschaft „P4-Productions“ im Tagebau gefördert werden. Dieses Sedimentgestein enthält u.a. Selen, Thorium, Uran und andere radioaktive Schwermetalle, sowie ihre Abbauprodukte. Zahlreiche Arbeiter von P4-Productions erkrankten durch den Umgang mit radioaktiven Stoffen an Krebs.

Die Wirkung der giftigen Substanzen geht weit über die Minen hinaus. Überall in der Umgebung des Tagebaus wurde Selen nachgewiesen: im Boden, in Pflanzen, im Grundwasser, im Blackfoot-River. Über das Minenwasser und das ausgebaggerte Material gelangt die Substanz ins Freie. Die Folgen: Viele Tiere in der Region erkrankten. Sie magern ab, lahmen und verlieren Fell, manche sterben den Strahlentod. Im Zeitraum zwischen 1996 und 2012 starben 600 Pferde, Rinder und Schafe, die über Wasser und Pflanzen Selen aufgenommen hatten, gab der US-Rechnungshof bekannt.

Nicht nur radioaktive Schwermetalle gelangen aus den Tagebauen in die Umwelt: Phosphor, Fluorsilikate im Grubenwasser, Radongas und Fluoride im aufgewirbelten Staub.

Umwelthistoriker Bart Elmore im Magazin „Dissent“:

„Ich stand gegen neun Uhr abends hinter einem Stacheldrahtzaun und beobachtete wie Lastwagen geschmolzene rote Haufen radioaktiver Abfälle abkippten und sich schnell ein Abfallberg entwickelte. Das Abkippen erfolgte etwa alle fünfzehn Minuten und erhellte den Nachthimmel. Nur ein paar Dutzend Meter entfernt auf einer Wiese weideten Pferde, erglühend in den Strahlen, die von dem lavaähnlichen Schlamm ausgingen. Und in der Ferne wogte die Gerste für unser Budweiser Bier.“

„Superfund sites“

Die US-Umweltbehörde „United States Environmental Protection Agency (EPA)“ zählt die meisten dieser Minen zu den „Superfund sites“. Dies sind Produktionsorte, die besonders viele gefährliche Rückstände erzeugen und deshalb intensiv kontrolliert werden sollen. Es geht hierbei auch um Sanierungsmaßnahmen, die die Unternehmen durchführen müssen oder direkt von der EPA erledigt werden.

So fielen seit 2001 19 Millionen Dollar an, die Hälfte davon wurde von Bayer bezahlt.

Kein Ende in Sicht?

Seit 1951 baute das heute zu Bayer gehörende Unternehmen Monsanto in Südost-Idaho Phosphorit ab. Allerdings sind inzwischen vier der fünf dem Konzern gehörenden Minen leergeräumt. Aus diesem Grund will der Leverkusener Multi neue Lagerstätten am Caldwell-Canyon erschließen. Hier gibt es Gegenwehr von Umweltschutzorganisationen und von den 6000 Indigenen der Schoschonen-Bannock-Stämme. Vor Gericht erzielte Bayer einen Vergleich, der ihm Umweltauflagen, Entschädigungen und Bürgschaften auferlegt. Verhindert konnte das Vorhaben jedoch nicht.

Weiterverarbeitung des Phosphorits zu Phosphor

Die Weiterverarbeitung des in den Minen gewonnenen Phosphorits zu Phosphor erfolgt in Soda-Springs, einem Ort in der Nähe der Minen. Dies geht natürlich ebenfalls nicht ohne Schadstoffemissionen ab. Zur Lösung des Phosphors aus dem Phosphorit ist große Hitze einwirkung und Chemikalieneinsatz notwendig. Um das Glyphosatvorprodukt zu gewinnen muss der Ofen auf 1500 Grad kommen, sowie starke Säuren wie Schwefel-, Phosphor- oder Salpetersäure eingesetzt werden. Schwefelsäure findet sich dann auch im Himmel über Soda-Springs wieder: 24,7 Tonnen wurden 2021 in die Luft geblasen. Insgesamt waren es 1995 Tonnen Schadstoffe: 1141 Tonnen Zink, 113 Tonnen Cadmium, 18 Tonnen Blei, 0,5 Tonnen Quecksilber, 0,2 Tonnen Chrom und wiederum 28,5 Tonnen radioaktives Selen. Und dass die Herstellung einer einzigen Tonne Phosphor 15.000 Kilowattstunden Strom frisst macht die Sache auch nicht besser. Bei den in Soda-Springs produzierten 90.000 Tonnen ergibt das die astronomische Summe von 1.350.000.000 KWh.

Dritte Station: Glyphosatherstellung

Weiter geht es dann in der Wertschöpfungskette von Bayer mit der eigentlichen Herbizidproduktion in Luling im US-Bundesstaat Louisiana. 72.000 Tonnen Phosphor werden dort zu Glyphosat und den diversen Roundup-Produkten verarbeitet. Auch diese Produktionsstätte ist eine üble Dreckschleuder: 6.885 Tonnen Schadstoffe, davon 4.181 Tonnen Formaldehyd, 8,4 Tonnen Ammonium, 4,5 Tonnen Kobalt, 1,3 Tonnen Nickel, 1 Tonne Chlor und 0,6 Tonnen Kupfer fallen an.

Bayer: Umsatzexplosion bei Herbiziden

China produzierte in der Vergangenheit große Mengen von Generika dieser Herbizide und hatte damit eine bedeutende Position auf dem Weltmarkt. Bereits 2016 begann man dort aus Umweltschutzgründen einzelne Phosphorfabriken zu schließen. 2022 verschärfte China seine Umweltpolitik nochmals, und die Glyphosatherstellung brach weiter ein.

Diese Situation beschert dem Bayer-Konzern ein Umsatzplus von 45 Prozent bei Herbiziden. So heißt es im Geschäftsbericht für das dritte Quartal 2022: **„Bei den Herbiziden erzielten wir erhebliche Zuwächse durch Preissteigerungen, insbesondere in Latein- und Nordamerika, sowie Europa/Nahost/Afrika durch ein anhaltend positives Marktumfeld für unsere glyphosathaltigen Produkte.“** Bayer-Chef Werner Baumann prognostizierte, dass sich die Preise für 2022 auf das 2,5-fache von Anfang 2021 einpendeln würden.

Da wird es dem Leverkusener Multi noch leichter fallen die knapp 10 Milliarden Dollar aufzubringen, die er an US-amerikanische Glyphosatopfer zahlen muss. Bei diesen herrlichen Gewinnaussichten wird es wohl nicht bei 149.000 Krebskranken bleiben, die das Mittel in den USA für ihr Leiden verantwortlich machen.

Ernst Wagner-Rott

Elektrosmog durch Mobilfunkstrahlung

Unterschriftensammlung der europäischen Bürgerinitiative EBI

Der Kreis Uckermark füllt die Lücken in der Mobilfunkversorgung. Auch in der Gemeinde Boitzenburger Land werden zu diesem Zweck Funkmasten aufgestellt. Die Gemeinde hat in den Verhandlungen mit der Telekom das durch das Bundesverwaltungsgericht legitimierte Vorsorge-Konzept nicht in den Vertrag aufgenommen. Dadurch hat sie die Berechtigung aufgegeben, zum Wohle der Bürger auf das Geschehen am Funkmast Einfluss zu nehmen. Sie vertraut auf Grenzwerte. Deutschland orientiert sich an den EU-Grenzwerten der ICNIRP, der internationalen Strahlenschutzkommission. Andere Länder, wie Italien, Belgien, Luxemburg und die Schweiz liegen laut Informationszentrum Mobilfunk aus Gründen der Vorsorge weit darunter, teilweise bei nur zehn Prozent der Richtwerte.

Die europäische STOA-Studie bestätigt Gesundheitsschädlichkeit

Der Technikfolgen-Ausschuss des EU-Parlaments, abgekürzt STOA, hat eine Studie in Auftrag gegeben, die 2021 abgeschlossen wurde. Der Studie „Health impact of 5G“ liegen Untersuchungen über Elektrosmog durch Mobilfunkstrahlung seit 1945 zugrunde, die sich mit Krebserzeugung und verminderter Fruchtbarkeit beschäftigt haben. Die Studie kommt zu dem Ergebnis: Mobilfunkstrahlung ist gesundheitsschädlich. Eindeutig fruchtbarkeits-schädigend bei Männern, möglicherweise bei Frauen, sowie möglicherweise embryoschädigend und krebserzeugend.

Der EWSA sieht Handlungsbedarf zum Schutz der Bürger

Der europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) gab zur STOA -Studie im Amtsblatt der EU am 04. März 2022 bekannt, dass Handlungsbedarf besteht. Die Entwicklung habe über die „letzten 20 Jahre (...) zu einer Verdichtung von elektromagnetischen Feldern und damit zu einer zunehmenden Umweltverschmutzung durch Elektrosmog geführt.“ Der Ausschuss fordert: den Schutz vor elektro-

magnetischer Verschmutzung, Prüfen und Ersetzen der ICNIRP-Richtlinien für Grenzwerte durch ein unabhängiges Gremium, die Einhaltung des Vorsorgeprinzips, die Anerkennung der ökologischen Umweltrisiken und der Risiken für die Datensicherheit.

Die Studie wird ignoriert

Auf die Studie „Health Impact of 5G“ wird in den deutschen Medien wenig zurückgegriffen. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat sie in einer mehrseitigen Stellungnahme für Abgeordnete für unwissenschaftlich erklärt, weil z.B. die Auswahl der Untersuchungen zu Mobilfunk subjektiv gewesen sei. Nachweislich wurden aber laut einer Analyse in der Zeitschrift Kompakt 02/22 die Richtlinien einer sogenannten Scoping-Studie konsequent eingehalten. Gerade für Abgeordnete, Gemeinderäte und Bürgermeister ist die Studie für ihre Entscheidungen von Relevanz.

Das Thema gehört auf die europäische Tagesordnung

Die europäische Bürgerinitiative EBI hat gemäß des Auforderungsrechts einen 23-Forderungen-Katalog in 25 Sprachen formuliert. Die Europäische Kommission und das Parlament müssen den Katalog zu Elektrosmog durch Mobilfunk auf die Tagesordnung setzen, wenn 1 Mio. Unterschriften erreicht worden sind. Auf die Sammlung ist bisher zu wenig aufmerksam gemacht worden. Sie läuft digital im Internet noch bis zum 01. März 2023.

Die Unterschriftensammlung ist im Internet zu finden unter:

<https://signstop5g.eu/de#sign>

<https://eci.ec.europa.eu/021/public/#/screen/home>

Kyra Maralt

Wer billig kauft, kauft zweimal

Kennen Sie diesen Spruch? „Wer billig kauft, kauft zweimal“? Wie oft haben Sie ihn schon bestätigt gefunden? Wenn Sie sich darüber geärgert haben, dass Einweggeschirr an Picknickplätzen liegen bleibt? Oder wenn Sie Haushaltsgeräte kurz nach Ablauf der Garantiezeit wegwerfen mussten, weil man sie nicht mehr reparieren konnte?

Vielleicht haben Sie gedacht, dass Sie beim nächsten Mal etwas kaufen, das nicht billig, sondern ein bisschen teurer ist, aber leider hat das nicht funktioniert. Vielleicht hat der Mixer oder die Kaffeemühle ein bisschen länger gehalten, aber das kaputte Kabel konnten Sie auch nicht austauschen, weil es - im Gegensatz zu früher - gar nicht mehr vorgesehen ist, dass man solche Geräte repariert.

Im letzten Jahr haben wir viele, viele Ratschläge von unserer Regierung gehört, wie man die Umwelt schonen und Energie sparen kann. Einige lachen immer noch über die großartigen Hinweise, wie nicht so oft zu duschen, lieber mal zum Waschlappen zu greifen, oder die Heizung runter zu drehen und sich beim Fernsehen einen warmen Pulli anzuziehen. Das Auto mal stehen zu lassen und lieber mit den Öffentlichen zu fahren, hat viele Uckermärker wohl weniger amüsiert als gnadenlos geärgert. Der Landbote hat schon oft über den katastrophalen Öffentlichen Nahverkehr berichtet, deshalb müssen wir das jetzt nicht weiter ausführen.

Irgendwie gibt es wohl keine anderen Möglichkeiten, Energie zu sparen oder die Umwelt zu schonen, jedenfalls nicht, wenn man Experten wie Robert Habeck zuhört. Deshalb folgen hier ein paar Vorschläge, die Sie sehr gerne allen Politikern unterbreiten dürfen.

Fangen wir mit den Gebrauchsgegenständen an, die in immer kürzerer Zeit kaputt gehen. Es dürfte eine relativ einfache Sache sein zu verbieten, dass Reparaturen wie das Auswechseln eines Stromkabels (Stichwort Kaffeemühle) oder eines anderen Ersatzteils möglich sein muss, bzw. die Garantiezeit so zu erhöhen, dass es für die Hersteller uninteressant wird, schlechte Qualität und unreparable Geräte zu produzieren. In unserem Haushalt gibt es eine elektrische Kaffeemühle, die mittlerweile 40 Jahre alt ist und immer noch ihren Dienst tut. Wieso konnte man das vor 40 Jahren so herstellen und heute nicht mehr? Natürlich hat sie im Verhältnis mehr gekostet als heute eine kosten würde. Aber gelohnt hat sich der höhere Preis auf alle Fälle.

Einweggeschirr, Einwegflaschen, Plastiktüten und andere überflüssige Dinge aus Kunststoff sind eine besonders ärgerliche Sache, da sie nicht nur unnötig Erdöl und Energie bei der Produktion verbrauchen, sie werden häufig nur einmal benutzt und verschmutzen anschließend die Umwelt nachhaltig. Sie bleiben nicht nur über Jahrzehnte und Jahrhunderte präsent, sondern werden irgendwann zu Mikroplastik, dessen Auswirkungen auf lebende Organismen

verheerend sind. Das ist bekannt, also kann man ja ganz einfach dieses überflüssige Zeug verbieten.

Können Sie sich noch daran erinnern, dass es so gut wie alles in Pfandflaschen gab? Milch, Bier, Wein, Joghurt ... alles das und noch viel mehr Produkte kann man in Gefäße abfüllen, die man nach Gebrauch zurückgibt und nach einer gründlichen Reinigung wiederverwertet werden, wie das bei Bierflaschen und einigen Saftflaschen ganz normal ist. Es ist auch vollkommen überflüssig, dass jede Bierbrauerei ihre eigenen Flaschen hat, die zum einen spezielle Kästen benötigen, zum anderen aufwendig sortiert und weiß Gott wohin transportiert werden müssen, damit man sie wieder verwenden kann. Wenn das Bier nur dann besonders schmeckt, wenn es in einer exklusiven Flasche ist, dann ist es wohl nicht weit her mit der Braukunst.

Das sind nur drei Punkte, bei denen die Politik aktiv werden kann. Wenn Sie nachdenken, dann werden Ihnen noch viel mehr einfallen. Und vor allem: behalten Sie das nicht für sich. Schreiben Sie an Ihre Abgeordneten in allen Parlamenten, damit die wissen, was Sie von ihnen erwarten.

Ute Rott



„Elektrische Kaffeemühle, gekauft 1982, Entsafter, gekauft in den Siebzigern, beide noch in Gebrauch“ (Foto: U. Rott)



Brandenburgische Notizen

Tesla:

Keine behördliche Kontrolle mehr beim Grundwasser

Die „Gigafactory“ von Tesla in Grünheide steht in einem Grundwasserschutzgebiet. Die Betriebsgenehmigung vom März 2022 für diese Fabrik sah vor, dass der regionale Wasserversorger, der Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) „in alle grundwasserrelevanten Fragestellungen einzubeziehen“ sei. Diese Klausel sei im November 2022 vom Brandenburger Landesamt für Umwelt ersatzlos gestrichen worden, berichteten *Stern* und *RTL*.

Der kranke Wald - eine katastrophale Bilanz!

Nur noch acht Prozent der Bäume in Brandenburg seien als gesund einzustufen, teilte Landesumweltminister Axel Vogel (Bündnis 90/Die Grünen) bei der Vorstellung des Waldzustandsberichts 2022 mit. Bis 2018, also vor der Trockenperiode, lag dieser Wert immer über 40 Prozent.

Betroffen sind v.a. Buchen und Eichen. Jeder zweite Baum zeigt inzwischen sogar deutliche Schäden auf. Auch der Zustand sogenannter „trockentoleranter“ Bäume, wie Kiefern, hat sich erheblich verschlechtert, die drei Viertel der regionalen Forstbäume ausmachen.

Waldumbau, also die Anlage von Mischwäldern, wird als Gegenmittel benannt, sowie die „Verjüngung der natürlichen Waldgesellschaft“. Dass so etwas allerdings ca. 50 Jahre dauert wird leider nicht thematisiert. Es wird von Forstbehörden und manchen Jagdverbänden eine verstärkte Bejagung zwecks „waldverträglicher Wilddichte“ verlangt, eine Forderung, die leider auch von einigen Naturschutzverbänden mitgetragen wird. Alternative Forstwissenschaftler sind anderer Meinung. Ihr Vorschlag: Den Wald einfach mal in Ruhe lassen.

Ernst Wagner-Rott

Nachruf für Werner Schulz

Als er am Morgen des 9.11. 2022 mit seiner Frau Monika von Kuhz nach Berlin zum Festakt im Schloss Bellevue aufbrach, hat meine Frau den Beiden noch nachgewunken und niemand ahnte, dass er nicht in sein Haus wiederkehren würde. Wir sind tief betrübt.

Die Beisetzung fand am 7.12.22 auf dem Kuhzer Friedhof statt. Die Kirche, welche gerade mitten in einer Schwammsanierung steckte, konnten wir mit Hilfe der Dorfgemeinschaft für diesen Anlass zurecht machen. Die Kirche war voll - das wundert nicht! Werner war beliebt, hoch geachtet und seine Tür stand immer offen. Zumindest für uns Nachbarn, seine Freunde und natürlich seine Familie. Das alte Pfarrhaus hatte er mit Liebe und viel Eigeninitiative wieder aufgebaut. Er liebte die Ruhe und Schönheit unseres Ortes, unserer Uckermark.

Ob zu Silvester, oder zum Kaffee, wir fühlten uns immer eingeladen, es gab ganz unverkrampfte Gespräche. Er konnte emphatisch zuhören, hatte eine wunderbare Ausstrahlung, war klar in seinem Denken, Reden und Handeln, war hilfsbereit und unglaublich weise in seiner unverblühten Sicht auf die Welt. Man spürte schnell, an welchem Thema er gerade arbeitete. Man spürte die Kraft und Sicherheit, welche sein Wissen umgab. Er schreckte nicht zurück vor den Mächtigen, dem Kapital, den Missständen in der Welt und konnte gut einschätzen, was kommen wird. Er hat die realen Tatsachen gesehen und sich für die Menschheit eingesetzt, wie es nur wenige Menschen vermögen. Seit Jahrzehnten war er einer, der die Weltpolitik von einem recht neutralen, humanitären Standpunkt aus beobachtete und ohne Rücksicht auf persönliche Anfeindungen seine Erkenntnisse in die Welt brachte. Im Rückblick kann man erkennen, wie oft er genau richtig lag mit seinen Einschätzungen und den daraus resultierenden Warnungen auf allen politischen Handlungsebenen dieser Region, dieses Landes und der Welt. Die zahlreichen Nachrufe und somit das große öffentliche Anteilnehmen am Wirken von Werner Schulz

bestätigen das. Ich empfehle die Ausführungen von Lukas Beckmann zu lesen: `Im Gedenken an Werner Schulz (22.01.1950 - 09.11.2022) anlässlich der Bündnis 90/ Die Grünen Landesdelegiertenkonferenz Brandenburg am 19.11.2022`.

Nach seinem turbulenten politischen Leben im Bundestag und danach im Europaparlament war diese Ruhe in Kuhz für ihn und seine Frau Monika sicher sehr wichtig. Er war immer freundlich, Streitbar und wortgewandt - ein besseren Nachbarn hätte man sich nicht wünschen können. Aber an Ruhestand und „Beine hochlegen“ hat er nie gedacht. Es beschäftigte ihn nicht nur ein Thema, das Licht in seinem Arbeitszimmer leuchtete immer lang in die Nacht hinein... Seine Kinder fanden unglaubliche Mengen von durchgearbeiteten Zeitschriften und Publikationen. Werner war bis zum letzten Tag politisch aktiv. Und das war er, bodenständig, mit den „Ohren ganz dicht an der Masse“.

Zuletzt rief er auf, sich der Landnahme einiger weniger Großkapitalisten entgegenzustellen, welche aus reiner Profitgier gute Ackerflächen zu überdimensionierten stromproduzierenden Industrieflächen umwandeln. Er sah hierin eine wiederholte Fehlentwicklung auf dem Lande im „Osten“- und er kannte sich damit aus- da diese DDR-Hinterlassenschaften nach der Wiedervereinigung nicht richtig aufgearbeitet worden waren.

Es war uns eine Ehre mit Werner Schulz ein Stück „gehen“ zu dürfen. Er war zufrieden mit seinem Leben und dies krönte im vergangenen Jahr die Verleihung des deutschen Nationalpreises. Nachlesenswert ist hierzu auch die: `Laudatio von Bundespräsident a.D. Joachim Gauck auf Werner Schulz Deutscher Nationalpreis 2022, Berlin, 14. Juni 2022`.

Danke, Werner, für Deine Wärme, Deine Freundschaft, Deine Worte.

Dirk Reichstein, Nachbar

Nahverkehr in der Uckermark

Irgendwie, irgendwo, irgendwann oder überhaupt nicht ...

Inzwischen sind die Vorboten der herannahenden Klimakatastrophe unübersehbar geworden: Abschmelzen der Polkappen, Verschwinden der Alpengletscher, riesige Überschwemmungen wie in Pakistan oder auch im Ahrtal, Waldbrände fast rund um den Globus... Und jeder weiß, dass der immer weiter zunehmende Verkehr einer der großen CO²-Verursacher ist. Manche aber haben merkwürdige Vorstellungen von der dringend anstehenden Verkehrswende, wie z.B. die schwarz-rot-grüne brandenburgische Landesregierung.

Rückwärtsgewandte Verkehrspolitik

Pünktlich zum Fahrplanwechsel im Dezember wurde der RB 63 Joachimsthal – Templin eingestellt. Die Proteste der Fahrgäste und Anwohner, der Kommunalpolitiker und Touristikfachleute blieben bei der Landesregierung ungehört. Die Demontage der Gleise der ehemaligen Strecke Templin – Fürstenberg sind schon weitgehend herausgerissen. Doch nicht nur der Umgang mit dem Schienenverkehr ist rückwärtsgewandt.

Der Nahverkehrsplan Uckermark 2023 bis 2027 ist eine einzige Enttäuschung. Auf dem Lande wird sich nichts ändern – ohne Auto keine Mobilität. In den größeren Orten ist sogar mit Einschränkungen beim ÖPNV zu rechnen.

In Templin gab es nun im Januar eine Jubelveranstaltung zum 25-jährigen Jubiläum des fahrscheinfreien Stadtverkehrs – ausgerechnet mit Ex-Kanzlerin Angela Merkel, in deren Regierungszeit die öffentlichen Verkehrsmittel immer teurer, immer schlechter und immer weniger wurden.

Dass man in Templin nun seit vielen Jahren durch den Erwerb einer Kurkarte umsonst Bus fahren kann ist unbestritten eine gute Sache, aber wie sieht es in den Ortsteilen von Templin aus?



Hohenlychen: Einst Züge, dann Draisinen, jetzt nichts mehr (Foto: E. Wagner-Rott)

Thermalsoleheilbad Templin: Innen hui – außen pfui ...

Es sei den Templinern ihre Freude vergönnt, dass fast an jeder Straßenecke eine Bushaltestelle ist, aber die Bewohner der Ortsteile und den Dörfern in der Umgebung singen

ein anderes Lied – sie sind zum großen Teil abgehängt. Beispiel Metzelthin, 13 Kilometer vom Templiner Marktplatz entfernt: Rund 100 Einwohner, aber ca. 40 bis 50 Übernachtungsmöglichkeiten für Gäste, Fremdenverkehr spielt also eine beträchtliche Rolle. Dies ist auch bei der wald- und seenreichen Umgebung, den Naturschutzgebieten und der himmlischen Ruhe nicht verwunderlich.

Eine Anbindung an die Stadt mit dem Bus gibt es de facto nicht: Abgesehen von den Schulbussen, die bekanntlich in den Ferien, also der Hauptreisezeit, nicht fahren, gibt es genau zwei (!) Busverbindungen in die Stadt. Wer nachmittags nach Templin, z.B. zum Abendessen, ins Kino oder einfach zu einen Stadtbummel fahren möchte, kommt leider nicht mehr zurück. Die Bushaltestelle liegt außerhalb des Ortes, ca. 700 Meter von der Ortsmitte entfernt, 1,7 Kilometer von den letzten Häusern.

Bewohner und Feriengäste können nun seit dem 1. Januar 23 diese hervorragende Busverbindung kostenlos nutzen, wenn sie im Besitz einer Kurkarte sind. Für diese Kurkarte müssen die Gäste 2 Euro pro Übernachtung und Person bezahlen, Das macht bei 14 Tagen Urlaub in Metzelthin für ein Paar immerhin 52 Euro aus. Dass solche Verteuerungen, von denen die Feriengäste nicht viel haben, in Zeiten horrender Energiekosten auf Grund der Sanktionen gegen Russland ein Problem für die Vermieter sein können, liegt auf der Hand.

Urlaub ohne Auto ist also in Metzelthin nur schwer möglich. In anderen Dörfern, wie z.B. Gollin, sieht es nicht viel anders aus. Fragen an die Stadtverordnetenversammlung zum Thema, wie man die Lebensbedingungen in den Ortsteilen wenigstens etwas denen in der Stadt anpassen könnte, blieben bis Redaktionsschluss unbeantwortet, sowohl vom Bürgermeister als auch von den Fraktionsvorsitzenden.

Am Ausbau des ÖPNV, gerade auf dem Lande, führt kein Weg vorbei

Wer den Individualverkehr einschränken will, muss jetzt handeln. Streckenstilllegungen, abgemagerter Busverkehr sind in diesen Zeiten ein Hohn. Es ist keine Zeit mehr zu vertrödeln.

Ernst Wagner-Rott



„Waldschneise statt Nahverkehr“ (Foto: E. Wagner-Rott)